

„Brauchen eine Uni-Milliarde Plus“

Interview. Uniko-Präsident will von Regierung Taten sehen / Identitäre suchen Uni Klagenfurt weiterhin heim

VON THOMAS MARTINZ

Oliver Vitouch, Präsident der **Österreichischen Universitätenkonferenz** und Rektor der Uni Klagenfurt, spricht im KURIER-Interview über die „Universitätsmilliarde Plus“, Hoffnungen in Kanzler Christian Kern, Zugangsbeschränkungen sowie die Strategien der Identitären.

KURIER: Wo stehen die österreichischen Universitäten im internationalen Vergleich?

Oliver Vitouch: Ziel und Resultat im deutschsprachigen Raum war es stets, einer möglichst hohen Zahl von Studenten einen möglichst hochwertigen Abschluss zu ermöglichen. Es zeigt sich, dass man damit Probleme bekommt im Bereich der absoluten Spitzenleistungen, im Wettbewerb mit den Besten. Wir können in diesem Bereich leistungsstärker werden. Dazu haben wir in Österreich das Zeug, aber die Spielregeln fehlen. Wir sind von den angepeilten zwei Prozent des BIP weit weg, dümpeln bei 1,5 für den Tertiärsektor trotz gegenteiliger Ankündigungen. Auch hinsichtlich der Frage einer Kapazitätsbemessung und entsprechend seriöser Aufnahmeverfahren.

Zu Spielregeln gehört auch Geld.

Eine „Universitätsmilliarde Plus“ wäre der erste Schritt, von

Oliver Vitouch ist Rektor der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt und neuer Präsident der Universitätenkonferenz



GERT LEGENBERGER

2019 bis 2021 jeweils 500 Millionen jährlich.

Wird es mit Kanzler Christian Kern einfacher, dieses Ziel zu erreichen?

Es gibt Grund zur Hoffnung, weil ein Reformkurs angekündigt wurde, den man an den Taten erkennen soll. Bisher gab es ein Auseinanderklaffen zwischen Ankündigungspolitik und Umsetzung.

Ist davon auszugehen, dass Studienzugänge an den Unis weiter beschränkt werden?

Die Bedingungen haben sich geändert, so wichtig der freie Zugang in den 70er-Jahren war. Im Hier und Heute ist er nicht das taugliche Instrument, um die Probleme zu lösen. Planloser Zugang schlägt sich massiv auf die Studienqualität, -dauer und -planbarkeit nieder. Und auf die Leistungsfähigkeit in der Forschung und die Qualifikation der Absolventen. Ein Ruf nach Studiengebühren ist hingegen nicht Wunsch der Universitätenkonferenz. Wenn Gebühren so hoch werden, dass sie als Finanzie-

rungsbeitrag eine Rolle spielen, haben sie die Schattenseite, dass das Studium schmerzhaft teuer wird. Dadurch würden sie auch sozial selektiv wirken. Da gibt es das diesbezüglich abschreckende Beispiel der Vereinigten Staaten oder Großbritanniens.

In welche Richtung wird sich die Klagenfurter Universität weiterentwickeln?

Wir wollen darauf achten, das Qualitätsniveau weiter zu steigern, um im Kanon der Universitäten wettbewerbsfähig zu sein. Es war eine Pionierleistung des Südens, im Verbund die Lehramtsstudien auf neue Beine zu stellen. Das zeigt auch, dass Partnerschaften und Kooperationen immer wichtiger werden.

Vor zwei Wochen stürmten die sogenannten „Identitären“ eine Vorlesung an der Klagenfurter Uni zum Inklusionsbegleiter. War das ein bewusster Anschlag auf die Vorlesung, auf die Uni, auf das Bildungssystem, oder wollte man mediale Aufmerksamkeit?

Es ist eine Verunsicherungsstrategie. Bei der Veranstaltung waren ja auch Flüchtlinge und deren Kinder anwesend. Es ist ein

Mittel, um zu signalisieren: Ihr seid hier nicht sicher. Dem ist jedes Mittel recht, um Aufmerksamkeit zu erzeugen. Man darf das auch nicht nach dem „Lausbubenstreichgesetz“ geahndet sehen wollen. Ich bin der Auffassung, dass der strafrechtliche Tatbestand der Verhetzung zu prüfen ist. Es ist ja geradezu die Strategie der Identitätssuchenden, möglichst auf Armeslänge vom Verbotsgesetz, der Verhetzung und anderen Tatbeständen fernzubleiben. Aber man sieht auch, wie rasch es kippen kann. Es besteht kein Zweifel, um wem Geistes Kinder es sich hier handelt. Es ist eine gesellschaftlich und demokratiepolitisch relevante Frage, ob man solche Gruppierungen verbieten sollte. Man sieht Facetten der Wiederbetätigung, auch wenn sorgsam darauf geachtet wird, das zu verkappen. Und es ist Gewaltbereitschaft vorhanden. Ich wurde in meinem Leben zuvor noch nie geschlagen.

Die Identitären behaupten, Sie hätten ein Mitglied der Gruppierung verletzt.

Das ist Fantasie und typische Taktik: Täter-Opfer-Umkehr, „Haltet den Dieb“. Diese Behauptungen sind strafrechtlich relevant, ich behal-

te mir rechtliche Schritte vor.

In der Folge wurde eine Vorlesung von der Polizei überwacht. Ist das die Zukunft einer Bildungseinrichtung?

Wir sind ein offenes Haus und wollen das bleiben. Bei thematisch einschlägigen Veranstaltungen werden wir Polizei und Verfassungsschutz informieren. Wir werden auch für die Lehrenden entsprechende Workshops oder Coachings anbieten, wie man mit solchen Vorfällen kompetent umgeht. Möglicherweise müssen wir vermehrt Überwachungskameras installieren. Wir haben auch eine Zahl von mikroterroristischen Folgeaktionen zu verzeichnen: mit Stickern der Identitären werden Namen auf Türschildern überklebt. Dafür reicht es schon, wenn eine Person einen slawischen Nachnamen hat.

Es gibt ein Projekt namens „Living Container“. Ausrangierte Frachtcontainer werden zu Wohnungen umgebaut, neben der Universität Klagenfurt sollte ein kleines Dorf entstehen. Warum liegt das Projekt auf Eis?

Living Container ist grundsätzlich ein interessantes Projekt. Wie gut das Konzept ökologisch ist, da gibt es verschiedene Auffassungen. Man sollte sich das im Zuge eines Pilotprojekts empirisch ansehen, mit Messung des Energieverbrauchs und Erhebung der Nutzer-Zufriedenheit. Es gibt bei der Klagenfurter Universität kaum mehr Erweiterungsflächen. Living Container ja, aber dort, wo es nicht um für universitäre Zwecke gewidmeten Grund geht. Es werden sich Alternativen für die Realisierung finden.

Könnten Sie sich den Schritt in die Politik vorstellen?

Ich bin derzeit wirklich gut beschäftigt. Aktuell hätte ich nicht einmal die Zeit, um über eine politische Funktion im engeren Sinne nachzudenken.

Oliver Vitouch

Zur Person

Der am 4. April 1971 in Wien geborene Oliver Vitouch ist der Sohn des Kommunikationswissenschaftlers Peter Vitouch und der ehemaligen Wiener Gemeinderatsabgeordneten Elisabeth Vitouch. Er promovierte in Psychologie und studierte Musik am Konservatorium. 2001 habilitierte Oliver Vitouch für das Gesamtfach Psychologie an der Uni Wien, 2003 erhielt er eine Professur an der Uni Klagenfurt. 2012 wurde er dort zum **Rektor** berufen, 2015 bis 2020 wiederbestellt. Anfang Juni wurde er zum Präsidenten der **Österreichischen Universitätenkonferenz** gewählt.

Dienstleistungen

Verzweifelte Suche nach Köchen und Servicekräften

Wirtschaft. Gastronomie findet kaum noch Mitarbeiter / „Soziale Hängematte als Ursache“, kritisieren Wirte-Vertreter

„Heute geschlossen. Kein Personal, aber 500.000 Arbeitslose. Sorry, Der Wirt!“ Es waren nur wenige handgeschriebene Worte, die auf einem Schild vor seinem Restaurant in Feldkirchen (OÖ) vergangene Woche zu lesen waren. Trotzdem war der Frust von Martin Hintringer spürbar. „Ich finde keine Mitarbeiter mehr. Mehr Gehalt ist leider nicht drin, weil der Staat so viel nimmt“, sagt der Gastronom, der dennoch auf Bewerbungen hofft. Damit er sein Restaurant nahe eines Golfclubs nicht nochmals geschlossen halten muss, bekommt er derzeit personelle Unterstützung von seiner Familie und von Freunden.

Nicht nur Hintringer ist mit den Nerven so gut wie am Ende, sondern viele Gastwirte und Hoteliers im gesamten Bundesgebiet: „Heuer habe ich schon mehr als 200 Bewerbungsgespräche geführt. Aber keines war erfolgreich“, sagt Eveline Pichler, Chefin des Hotels Donauhof in Emmersdorf, Bezirk Krems, die dringend mehrere Bedienstete benötigt. Die Aussagen der Jobsuchenden bringt sie so weit, zu glauben, dass bei vielen der Arbeitswille fehlt: „Einer hat gesagt, er hat kein Geld für den Sprit. Ein weiterer hat gemeint, dass er nur bis 12 Uhr arbeiten will. Und eine andere ist einfach nicht zum Vorstellungsgespräch

erschieden“, ärgert sich Pichler. Domenik Richtsfeld aus Linz, der seit 25 Jahren Wirt ist, meint zu wissen, warum Arbeitssuchende die Gastronomie immer öfter meiden wollen: „Es sind die Gäste, die ihren Frust am Kellner abladen und immer unfreundlicher werden“, meint Richtsfeld, der auch eine Jobbörse für Gastwirte leitet: „Wir zahlen nicht so schlecht.“

Dass laut Arbeitsmarktservice (AMS) bundesweit mehr als 43.500 Personen in der Gastronomie offiziell einen Job suchen und 4700 offene Stellen ausgeschrieben sind, lässt Mario Pulker, Obmann des Fachverbands Gastronomie, zu einem Schluss

kommen: „Viele Arbeitslose liegen in der sozialen Hängematte. Es darf nicht sein, dass Leute 60 Euro mehr bekommen, wenn sie nicht arbeiten“, kritisiert der Wirte-Vertreter und verlangt umgehend Konsequenzen.

Sanktionen

Dass Sanktionen gesetzt werden, wenn fehlender Arbeitswille erkennbar ist, will das AMS mit Zahlen belegen. Im Vorjahr hätten alleine in NÖ fast 3200 Jobsuchende sechs Wochen lang ihren Anspruch auf Arbeitslosengeld verloren. Die Bezirkshauptmannschaften seien gefordert, die Sanktionen im Bedarfsfall zu setzen: „Dann sollte es auch



Hintringers Restaurant blieb zu

kein Problem sein, Menschen, die Mindestsicherung beziehen, wieder ins Erwerbsleben einzubinden“, sagt ein Sprecher des Sozialministeriums.

Vertreter der Arbeiterkammer sind überzeugt, dass es „faire Löhne für korrekte Arbeit“ geben muss, und nennen 1700 Euro Lohn als Untergrenze. – JÜRGEN ZAHRL



Hinweistafel vor dem Lokal